

Niederschrift

über die 48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 29. August 2008, 16:00 Uhr bis 18:20 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Herr Köckert , Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Frau Mereuta, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck
	DIE LINKE.:	Frau May , Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, Frau Werner
	SPD:	Frau Winter , Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein (bis 18:05 Uhr) Herr Tikwe
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Herr Schweßinger
	BfE:	Herr Gottstein , Frau Apel, Herr Rabe
	EA:	Herr Hofmann
	Fraktionslos:	Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Referentin des Oberbürgermeisters, Frau Sachse
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiterin Personalamt, Frau Jaritz
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Amtsleiter Rechts- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner

Gäste: Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

entschuldigt: Herr Dr. Oefner – CDU-Fraktion – verhindert
Herr Voß – DIE LINKE.-Fraktion – verhindert
Frau Wolf – DIE LINKE.-Fraktion – verhindert

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, teilt mit, dass eine Einwohneranfrage (Reg.-Nr. 22/2008) von Herrn Patrick Wieschke vorliegt. Die Einwohneranfrage wurde fristgemäß beantwortet.

Herr Wieschke fragt zu Frage 4, ob sich Herr Doht vorstellen kann, dass die Drogenproblematik im Stadtrat der Stadt Eisenach debattiert werden kann.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass es unstrittig ist, dass diese Problematik in einem Ausschuss behandelt werden kann. Er erklärt, dass der Fall aber nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fällt und es im Moment keinen Anhaltspunkt dafür gibt, dass es sich hier um einen Drogentoten handelt.

Herr Wieschke fragt zu Frage 18, wie hoch die Kosten für den Sanierungsbedarf in etwa geschätzt werden.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass er das prüfen lässt und nachreicht.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

an die Fraktionsvorsitzenden

- Einladung des Thüringer Museums zur Eröffnung der Ausstellung „Elisabeths Armenwelt“

an die Stadtratsmitglieder

- Einladung zur Ausstellungseröffnung am 26.08.2008
- Schreiben aus Waverly
- Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 24. Juli 2008 zur Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Eisenach
- Berichtsvorlage – Genehmigung der Haushaltssatzung 2008
- Berichtsvorlage – Weitere Verfahrensweise zum Abschluss von derivativen Finanzinstrumenten nach Ablehnung der Änderung der Hauptsatzung durch den Stadtrat am 20.06.2008
- Berichtsvorlage – Zwischenbericht des optimierten Regiebetriebes der Stadt Eisenach gemäß § 19 Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) per 30.06.2008
- Berichtsvorlage – Fortschreibung der am 16.05.2002 vom Stadtrat der Stadt Eisenach beschlossenen Sportstättenentwicklungsplanung der Stadt Eisenach
- Berichtsvorlage – Sachstand zum Vorgang „Betrieb einer Seitenentnahme“ in der Gemarkung Madelungen, Az. 459-08-54 - Bauantrag
- Schreiben des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Medien zum „Tor zur Stadt“

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 44. Sitzung am 29. Mai 2008 – öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 44. Sitzung des Stadtrates am 29. Mai 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen
2 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift über die öffentliche Sitzung bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0672/2008

Nr. 5 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung am 20. Juni 2008 – öffentliche Sitzung

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 45. Sitzung des Stadtrates am 20. Juni 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 26 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift über die öffentliche Sitzung bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0673/2008

Nr. der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 46. Sitzung am 07. Juli 2008 – öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 46. Sitzung des Stadtrates am 07. Juli 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
2 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift über die öffentliche Sitzung bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0674/2008

Nr. 7 der TO: Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 131.000,00 € für die Haushaltsstelle 48200.67410 hier: Kommunaler Finanzierungsanteil (KFA) ARGE Eisenach

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Vorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, erklärt, dass die Stadt Eisenach gesetzlich verpflichtet ist, ihren Anteil für die ARGE zu bezahlen. Davon hängen auch die Zahlungen ab, die für die Betroffenen geleistet werden. Er erläutert, dass der Stadt nichts anderes übrig bleibt, als die Zahlungen zu leisten. Er merkt an, dass man dadurch mittlerweile auch in die Lage kommt, dass Anträge in die Tagesordnung kommen, für die keine Deckungsmittel bestehen. Er erklärt, dass dies sowohl haushalts- als auch kommunalrechtlich problematisch ist. Herr Hofmann erklärt, dass diese Lage auch durch eine Haushaltswirtschaft, die sehr waghalsig ist, entstanden ist. Er gibt an, dass seine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen konnte, weil sie ihn nicht für ernsthaft solide und ausgeglichen gehalten hat. Er weist darauf hin, dass der Haushalt auf dem Papier ausgeglichen ist, aber wenn schon wenige Monate nach dem Beschluss eine neue Lücke von 131.000 € auf einem Gebiet entsteht, auf dem nicht erkennbar ist, dass es nicht planbar ist, ist fraglich, ob nicht sehr geschönte Zahlen im Haushaltsentwurf gestanden haben. Er merkt auch an, dass die Hartz IV-Gesetze nicht nur für die Betroffenen eine Landplage sind, sondern auch die Kommunen sehr belastet werden, weil diese immer weiter steigende Zahlungen leisten müssen. Deshalb demonstriert er auch weiterhin jeden Montag gegen Hartz IV, was sich nach seiner Meinung steigender Beliebtheit auch bei der Stadtverwaltung erfreut. Er gibt an, dass seine Fraktion trotzdem diesem Antrag gezwungenermaßen zustimmen wird, aber dies nicht ohne Protest gegen diese Art der Belastung der Kommunen und der Haushalte.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass er sowohl bei der Haushaltseinbringungsrede als auch im ausführlichen Vorbericht des Haushaltes sehr deutlich auf die Risiken hingewiesen hat. Er gibt Herrn Hofmann Recht, dass man keinen Einfluss auf den Verwaltungsaufwand der ARGE hat und dass es sich um eine Pflichtaufgabe handelt. Er stellt aber auch fest, dass es richtig ist, dass die Überlegungen, die im Oktober des letzten Jahres dazu geführt haben, diese Zahl einzustellen, teilweise zu optimistisch waren. Da es eine Senkung der Arbeitslosenzahlen gab, ist man im Oktober noch davon ausgegangen, dass die Bedarfsgemeinschaften auch abnehmen, so der Oberbürgermeister. Das ist aber nicht der Fall, so dass auch keine Abnahme des Verwaltungsaufwandes bei der ARGE erfolgt ist. Weiterhin informiert der Oberbürgermeister, dass es innerhalb der ARGE Tariferhöhungen und Neueinstellungen von außen gab, also nicht von der Stadt, so dass die ARGE Eisenach dieses Jahr zum ersten Mal voll besetzt ist. Er erklärt, dass dies auch ein Grund dafür ist, dass durch die gute Konjunkturlage so viele Arbeitsgelegenheiten, allein ungefähr 500 in Eisenach, geschaffen wurden, so viele wie selten zuvor und diese von der ARGE vermittelt werden müssen. Außerdem gab es Betriebskostenerhöhungen. Er stellt noch einmal klar, dass man sich der Pflichtaufgabe stellen muss.

Das Stadtratsmitglied, Herr Bauer, erklärt, dass ihm klar ist, dass es sich hier um Pflichtaufgaben handelt. Er gibt an, dass man sich von Seiten des Haushalts her positionieren muss. Er sieht hier etwas Positives, weil zum ersten Mal in diesem Stadtparlament über eine Trägerversammlung berichtet wird. Alle seine Anfragen zu

Trägerversammlungen wurden, unter Regie der Bürgermeisterin, stets so beantwortet, dass er sich an die ARGE Grundsicherung Eisenach wenden solle. Er gibt an, dass man den Vertrag über die ARGE Grundsicherung hat, den kommunalen Teil und den Teil des Arbeitsamtes Gotha-Eisenach. Er sieht, dass bei den entsprechenden Entwicklungstendenzen, zum Beispiel Personalkosten, Arbeitsgelegenheiten oder Personaltransfer der Stadtverwaltung Eisenach mit der ARGE Grundsicherung, die Parlamentarier außen vor bleiben und ist der Meinung, dass dies schnellstens geändert werden müsste und er fordert den Oberbürgermeister auf, von der Möglichkeit der Berichterstattung über bisher alle Trägerversammlungen Gebrauch zu machen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 131.000,00 € - Haushaltsstelle 48200.67410 - für den kommunalen Finanzierungsanteil (KFA) der ARGE Eisenach. Deckungsmittel stehen gegenwärtig nicht zur Verfügung.

**Abstimmung: 26 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0675/2008

**Nr. 8 der TO: Verwaltungskostensatzung der Stadt Eisenach
 hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Verwaltungskostensatzung der Stadt Eisenach.

**Abstimmung: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0676/2008

Nr. 9 der TO: Nachbesetzung eines Mitgliedes des Kulturbeirates

Der Ältestenrat hat die Beschlussfassung einstimmig gefasst.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ältestenrat hat die Beschlussfassung einstimmig gefasst.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, erklärt, dass der Rücktritt von Frau Pfeiffer die Erweiterung des Gremiums erforderlich macht. Er fordert alle Verantwortlichen zu einem kulturbetonten Umgang miteinander über und in diesem Beirat auf. Herr Bauer betont die Verdienste von Frau Pfeiffer. Er ist der Meinung, dass im Kulturbeirat die Baukultur

intensiv weiter beleuchtet werden muss und personell vertreten sein sollte. Er regt einen Gestaltungsbeirat an.

Der **Vorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, dankt Frau Pfeiffer für ihre engagierte und langjährige Mitarbeit im Kulturbeirat und in ihrer sonstigen Tätigkeit zur Erhaltung der Stadt Eisenach. Er hofft, dass er dies im Namen des ganzen Stadtrates tut. Er bedauert, dass keine Würdigung durch die Stadtverwaltung erfolgt ist. Er erklärt, dass sie sich für die Anliegen Baukultur, Denkmalschutz und der allgemeinen Kulturpolitik sehr engagiert hat und er bedauert sehr, dass es dazu kommen musste, dass sie die Aufgabe zur Verfügung gestellt hat. Er macht deutlich, dass es darum ging, dass von der Verwaltung nicht gern gesehen wurde, dass die Baukultur im Kulturbeirat behandelt wurde. Er regt an, dass die Verwaltung dies überdenken sollte. Herr Hofmann wünscht auch dem Nachfolger viel Erfolg und Glück.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Nachbesetzung von Herrn Frank Rothe als Mitglied des Kulturbeirates.**

Abstimmung: **27 Stimmen dafür**
 2 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0677/2008

Nr. 10 der TO: Überplanmäßige Ausgabe für Leistungen der sonstigen Hilfen zur Erziehung in Einrichtungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
eine überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 45550/000.77000 (Leistungen der sonstigen Hilfen zur Erziehung in Einrichtungen) von insgesamt 130.800,00 €. Deckungsmittel stehen gegenwärtig nicht zur Verfügung.**

Abstimmung: **27 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0678/2008

Nr. 11 der TO: Verwendung der Investitionspauschale für Schulen im Jahr 2008 und die überplanmäßige/außerplanmäßige Ausgabe in den Haushaltsstellen 21100 94006; 23000 94000 und 22500 93500

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Investitionspauschale für Schulen für das Jahr 2008 in Höhe von 395.870,02 € für die in der Tabelle aufgeführten Maßnahmen zu verwenden sowie die dazu erforderlichen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben.

HH-Stelle/ Einrichtung	Maßnahme	Ausgaben lt. Haushalt in €	Überplanmäßige Ausgabe in €	Außerplanmäßige Ausgaben €
21100.94004 Jacobschule	Tilgung lt. Vertrag	81.130,00		
21100.94006 Hörselschule	Wärmedämmung/ 2ter Rettungsweg		251.740,02	
22500.93500 Goetheschule	Möblierung Werkraum			5.000,00
22500.93500 Goetheschule	Tribüne und Bestuhlung Aula			13.000,00
23000.94000 Abbe-Gymn. Haus I	Baumaßnahme Biologiefach- kabinett		25.000,00	
24000.94001 BS Palmental	Wirtschaftlich- keitsberechnung zur Vorbereitung des Neubaus	20.000,00		
		101.130,00	276.740,02	18.000,00

Die Deckung der Mehrausgaben in Höhe von 288.870 € erfolgt über die Minderausgabe in der Haushaltsstelle 24000.94010 – Berufsschulzentrum in gleicher Höhe sowie der Mehreinnahme in der Haushaltsstelle 20010.36100 – Schulverwaltung, Investitionspauschale in Höhe von 5.870,02 €.

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0679/2008

**Nr. 12 der TO: Entwurf Regionalplan Südwestthüringen
 Stellungnahme der Stadt Eisenach**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Suck**, erklärt, dass ihm bei der Regionalplanung in der Vergangenheit etwas entgangen ist. Es geht um den Punkt, dass die B 19 verlegt werden soll auf den Kreisel Wutha, wo dann anschließend von Wutha eine Querung bis zur Anschlussstelle der BAB nach Großenlupnitz entstehen soll. Er bittet um eine Stellungnahme der Stadt Eisenach dazu und begründet folgenden Ergänzungsantrag: „Der Stadtrat der Stadt Eisenach beauftragt den Oberbürgermeister Herrn Doht, der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen mitzuteilen, dass es Seitens der Stadt Eisenach noch eine Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes zur Verlegung der B 19 im Bereich Wutha – Anschlussstelle BAB Großenlupnitz geben wird.“ Des Weiteren informiert Herr Suck, dass er am 04.09.2008 eine Ortschaftsratsitzung durchführen und die Bürger des Ortsteiles befragen wird.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass mit Schreiben vom 11.08.2008 alle Ortsbürgermeister gebeten wurden, dazu Stellung zu nehmen, eine Ortschaftsratsitzung einzuberufen und bis zum 25.08.2008 bei der Stadtverwaltung abzugeben. Sie gibt an, dass die Auslegung noch bis zum 08.09.2008 geht und unterbreitet den Vorschlag, dass der Ortschaftsrat zu der besagten Sitzung einen Beschluss fassen könnte und sie diesen Beschluss an die Regionale Planungsgemeinschaft weitergeben würde.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Suck**, erklärt, dass am 04.09. ein entsprechender Beschluss im Ortschaftsrat gefasst werden soll.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, fordert auf, dass Verfahren zu klären.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass grundsätzlich Stellungnahmen zum Regionalplan nur vom Stadtrat beschlossen werden. Er legt dar, dass ein Beschluss des Ortschaftsrates hier also nicht ausreichend ist, es sei denn, Herr Suck ergänzt seinen Antrag dahingehend, dass der Haupt- und Finanzausschuss ermächtigt wird, der Empfehlung des Ortschaftsrates zu folgen.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, spricht sich dafür aus, dass der Haupt- und Finanzausschuss noch einmal über die Ortsumfahrung Stockhausen, aber auch über die B 84 berät, da das miteinander zusammenhängt. Er erklärt, dass er sich noch einmal mit der Passage des Planes beschäftigt und bemerkt hat, dass noch eine zusätzliche Änderung zu den im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss und Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus angegebenen Änderungen hinzugekommen ist. Über diese Änderung sollte seiner Ansicht nach noch einmal beraten werden. Er stellt fest, dass bisher die Umverlegung der B 84 aus der Ortslage Stockhausen heraus war, verknüpft mit der Fertigstellung der BAB 4, Nordumfahrung. Herr Köckert erklärt, dass also Klarheit über die Umverlegung herrschen muss, gegebenenfalls schon entsprechende Baumaßnahmen getätigt werden müssen, wenn die Umverlegung der Autobahn nördlich der Hörselberge fertiggestellt ist. Er gibt an, dass in der Stellungnahme der Stadt Eisenach von 2007 dies noch unter den Z-Vorhaben, also den dringlichen Vorhaben, geführt wurde und nun ist die Umverlegung der B 84 aus der Ortslage Stockhausen in die G-Rubrik erfolgt, also in die weiteren Vorhaben. Damit ist sie nicht mehr eng an die Nordverlegung der BAB 4 geknüpft, sondern an die Verlegung der B 19. Herr Köckert macht deutlich, dass man sich damit für die Herausverlagerung der B 84 aus der Ortslage Stockhausen nicht mehr im Jahr 2010 befindet, sondern im Jahr 2020. Er ist enttäuscht, dass so etwas nicht von der Verwaltung gesagt wird, zumal es sich hier um eine wichtige Angelegenheit handelt,

zumal nachgefragt wurde, ob sich noch andere Dinge im Vergleich zur Vorlage geändert haben. Deshalb bittet Herr Köckert, dass sich der Ortschaftsrat mit der Verlegung der B 84 aus der Ortslage Stockhausen beschäftigt und sich der Haupt- und Finanzausschuss noch einmal mit diesem Sachverhalt beschäftigt und dann auch eine abschließende Entscheidung trifft. Er erklärt, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss nicht der Entscheidung des Ortschaftsrates anschließen muss, aber der Haupt- und Finanzausschuss soll noch einmal über diese Angelegenheit beraten und dann eine Stellungnahme abgeben, die rechtzeitig vor der nächsten Beratung der Planungsversammlung dort eintrifft. Herr Köckert hält es für wichtig, dass noch einmal darüber beraten wird, da am Beispiel des Neubaus der Autobahnabfahrt Eisenach Ost zu sehen ist, dass hier schon eine Erleichterung für die Stockhäuser erfolgt ist, da der Schwerverkehr über 7,5 Tonnen dort nicht mehr langfahren darf, aber andererseits ist ihm unverständlich, warum die Anlieger, die mit 7,5 Tonnen ja eigentlich nur im Gewerbegebiet sein dürften, trotzdem durch die Ortslage Stockhausen fahren dürfen. Diese könnten auch über die K 2 das Gewerbegebiet anfahren und bräuchten nicht die Genehmigung, über die Ortslage zu fahren. Er denkt, dass dies auch im Zusammenhang mit der ganzen Sache geprüft werden sollte.

Aufgrund des Antrages des **Stadtratsmitgliedes, Herrn Suck**, wird der Beschluss wie folgt ergänzt:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. **Der Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Südwestthüringen wird zugestimmt.**
2. **Die Stellungnahme wird gegebenenfalls erweitert um die Problematik Verlegung der B 19 und B 84 in der Ortslage Stockhausen. Dazu erfolgt entsprechend dem Entscheid des Ortschaftsrates Stockhausen die Abstimmung im Haupt- und Finanzausschuss.**

Abstimmung: **31 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0680/2008

Nr. 13 der TO: Planfeststellung Bundesstraße B 19 Ortsdurchfahrt Eisenach,
1. Planänderung
hier: Beschluss der Stellungnahme

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 2 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 5 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, gibt an, dass dazu diese Woche aus der Presse einiges zu diesem Thema zu entnehmen war. Er erklärt, dass man noch mehr hätte erfahren können, wenn der Ausschuss für

Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus öffentlich wäre. Er informiert, dass im Ausschuss zur ursprünglichen Anlage 1 der Stellungnahme der Stadt zum Planfeststellungsverfahren einige Fragen aufgeworfen wurden, die entweder bisher nicht so im Blick der Bauverwaltung gewesen waren oder bewusst erschwerend in das bisherige Verfahren eingefügt wurden, was er nicht hofft. Herr Köckert erklärt aber auch, dass einige Dinge in diese Richtung weisen. Er macht deutlich, dass er dem Oberbürgermeister sehr dankbar ist, dass dieser ein Gespräch mit dem Referatsleiter, der für das Planfeststellungsverfahren zwar nicht zuständig ist, aber im Ministerium die Abläufe zumindest zusammenbündelt, gesprochen hat. Er verweist auf das Schreiben zum „Tor zur Stadt“ und erläutert dies kurz. Er weist darauf hin, dass dieses Schreiben die Möglichkeit eröffnet, die Umverlegung des ZOB's anzugehen. Er erklärt, dass die Frage zur Widmung und zur Qualität dieser Straße, die beim Austauschblatt herausgenommen wurde, vor sich her geschoben wird, aber dringend einer Antwort bedarf. Herr Köckert legt dar, dass von der Qualität, also der Einstufung dieser Straße, auch abhängt, ob das Baufeld der Bahnhofstraße auch von der Südseite angedient werden kann. Dies scheint nicht unwichtig, wenn man das Ziel verfolgt, den Bereich zwischen Bahnhof und Nikolaitor relativ verkehrsberuhigt zu halten. Er erläutert, dass dies wohl nicht ganz zu erreichen ist, auch durch die Nähe des ZOB's, aber von hoher Wichtigkeit ist. Herr Köckert hält es somit für wichtig, an diesen Punkten noch Sicherheit zu schaffen, wer diese Straße in seiner Trägerschaft baut. Er regt an, dass die ganze Sache, wenn die Bereitschaft des Bundes erzielt wird, dann vorübergehend bis zur Umverlegung der B 19 der Bund nach Abschluss der Baumaßnahme in seine Baulastträgerschaft übernimmt und die Finanzierungsvereinbarung dazu auch die entsprechenden Finanzrelationen zwischen Bund, Land und Stadt beinhaltet. Er bittet den Oberbürgermeister dringend, in dieser Sache selbst tätig zu werden, weil er offensichtlich mehr Erfolg hat, als alle bisherigen Verhandlungen, die durch das Baudezernat selbst durchgeführt worden sind. Er erklärt, dass er nicht weiß, ob hier mit einem entsprechenden Willen zum Erfolg gehandelt wird. Herr Köckert hat nicht den Eindruck, dass das Baudezernat gewillt ist, in dieser Sache zügig zum Erfolg, also zum Baurecht, im Bereich Bahnhofstraße zu kommen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass das Schreiben vorliegt und er legt dar, dass die Verfahrensweise, wie dieses gesamte Bauplanverfahren zu bearbeiten ist, vom Oberbürgermeister festgelegt wurde und er denkt, dass nach diesen Festlegungen im Baudezernat gearbeitet wird und zu arbeiten ist. Er gibt an, dass er genau das getan hat, was er am Mittwoch angekündigt hat. Er hat heute ein Klarstellungsschreiben zum vorliegenden Schreiben versandt, in dem er darum gebeten hat, mit Hilfe des Landes eine gemeinsame Abstimmung zur Widmung und zum Status der Straße herbeizuführen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Stellungnahme zur Planfeststellung Bundesstraße 19, OD Eisenach, 1. Planänderung (Anlage)**

**Abstimmung: 22 Stimmen dafür
 1 Stimme dagegen
 9 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0681/2008

Nr. 14 der TO: Einziehung von Teilgrundstücken einer öffentlichen Straße in der Gemarkung Neuenhof, Flur 2, Flurstück-Nr. 493/2, 493/3 und 493/5 – Felsenkellerweg

Der Ortschaftsrat Neuenhof-Hörschel empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Einziehung von Teilgrundstücken einer öffentlichen Straße in der Gemarkung Neuenhof, Flur 2, Flurstück Nr. 493/2, 493/3 und 493/5 – Felsenkellerweg - gemäß § 8 Thüringer Straßengesetz - ThürStrG**

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0682/2008

Nr. 15 der TO: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Überprüfung und Klarstellung der Übertragung der Erschließungsmaßnahme „Karlskuppe“ auf die Stadtwerke Eisenach

Der Tagesordnungspunkt 15 – Antrag des Stadtratsmitgliedes Herrn Voß - Akteneinsicht - wurde von der Tagesordnung genommen und durch einen Dringlichkeitsantrag von Herrn Köckert ersetzt.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, begründet folgenden Antrag: „Die Fraktion beantragt die Überprüfung und Klarstellung der wirtschaftlichen und rechtlichen Übertragung der Erschließungsmaßnahme im Wohn- und Gewerbegebiet „Karlskuppe“, Eisenach, auf die Stadtwerke Eisenach durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Es ist darauf einzugehen, inwieweit eine Beitragspflicht für die wasser- und abwassertechnische Einrichtung sowie für einen Erschließungsbeitrag entstanden sind. Dabei ist unter Beachtung von evtl. Ablösevereinbarungen darzustellen, wer die entstandenen Beitragspflichten an die öffentlichen Aufgabenträger ausgeglichen hat und ob wirtschaftliche Auswirkungen hierdurch für die Stadt Eisenach bzw. die Gebührenschuldner entstanden sind.“

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, findet es schade, dass Herr Voß als Mitglied der IG „Karlskuppe“ hier nicht anwesend ist. Er erklärt, dass die Intention von Herrn Voß eine andere war. Herr Schenke erklärt, dass er mit dem Antrag von Herrn Köckert kein Problem hat, er aber nach seiner Meinung nicht weit genug geht, weil das gesamte Paket aufgeschnürt werden soll. Des Weiteren macht Herr Schenke deutlich, dass man erreichen möchte, dass auch eine Überprüfung des TAV durchgeführt wird. Er möchte auch nicht sagen warum, aber es gibt bestimmte Dokumente zu überprüfen, von denen man Kenntnis hat. Herr Schenke erklärt, dass man deswegen auch auf den Antrag besteht, aber nicht heute, da er noch einmal überarbeitet werden soll. Er gibt an, dass er den Vorschlag von Herrn Gentzel, bestimmte Sachen über den Rechnungsprüfungsausschuss abzuklären, für gut hält.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Gentzel**, weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf eine Verfahrensweise, die in weiser Voraussicht so im Rechnungsprüfungsausschuss verabredet wurde, hin. Dadurch können die Verfahren, so wie sie angekündigt wurden, erleichtert werden. Die Problematik und die Prüfaufträge wurden mit großer Einigkeit besprochen. Er erklärt, dass im Rechnungsprüfungsausschuss, aufgrund der Kompliziertheit der Materie, Prüfaufträge noch nachgeschoben werden können. Er gibt an, dass das Rechnungsprüfungsamt für Anträge aller Fraktionen offen ist. Herr Gentzel erklärt, dass das, was Herr Köckert angesprochen hat, im Sinne des Rechnungsprüfungsausschusses und aller Fraktionen ist. Herr Gentzel hat ein großes Interesse, dass die Prüfungen auch beschleunigt werden. Aus diesem Grund gibt er noch einmal Hinweise zum Verfahren und erklärt, dass man sich mit allen Fragen zu diesem Thema an das Rechnungsprüfungsamt wenden kann.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Überprüfung und Klarstellung der wirtschaftlichen und rechtlichen Übertragung der Erschließungsmaßnahme im Wohn- und Gewerbegebiet „Karlskuppe“ Eisenach, auf die Stadtwerke Eisenach durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Es ist darauf einzugehen, inwieweit eine Beitragspflicht für die wasser- und abwassertechnische Einrichtung sowie für einen Erschließungsbeitrag entstanden sind. Dabei ist unter Beachtung von eventuellen Ablösevereinbarungen darzustellen, wer die entstandenen Beitragspflichten an die öffentlichen Aufgabenträger ausgeglichen hat und ob wirtschaftliche Auswirkungen hierdurch für die Stadt Eisenach bzw. für die Gebührenschuldner entstanden sind.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0683/2008

Nr. 16 der TO: Antrag der Fraktion Bündnis-90/Die Grünen – Straßenausbaubeiträge Adam-Opel-Straße

Der Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger, begründet den Antrag.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, erklärt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen löblich ist, aber nicht neu. Er gibt an, dass die Stadtverwaltung in diese Richtung schon prüft. Er erinnert daran, dass er schon bei der Beschlussfassung für die Bewilligung der Mittel zu dem Bau dieser Straße auf den besonderen Vorteil der Opel Eisenach GmbH hingewiesen hat und die Stadtverwaltung gebeten hat, zu prüfen, wie verfahren werden kann, damit auch Opel zur Finanzierung beiträgt. Herr Hofmann macht deutlich, dass damals allerdings keine andere Fraktion dieses Anliegen unterstützt hat. Er erklärt, dass die Stadtverwaltung in verschiedene Richtungen tätig ist, um die Kleingärtner zu entlasten und hier auch eine mögliche höhere Förderung durch das Land als Ziel gesetzt ist. Er fragt sich, warum nicht bereits bei der Planung der Straße eine entsprechende höhere Förderung geprüft wurde. Nach Meinung von Herrn Hofmann muss ein Weg gefunden werden, dass nicht die Pächter der Kleingärten für Opel diese Straße bezahlen, die wohl auch in absehbarer Zeit zu

einer Landesstraße umgewidmet wird und dann auch entsprechenden Verkehr aufnehmen muss.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, dass sie die Intention der B 90/Die Grünen verstehen kann und auch nichts dagegen hat zuzustimmen. Sie legt dar, dass heute in der Presse stand, dass die Stadt nach Möglichkeiten sucht, die Kleingärtner zu entlasten. Frau May regt an, dass durch das Bundeskleingartengesetz und den Bestandsschutz der Kleingärten bis zum Jahr 2020 die Bedeutung der Kleingärten unterstrichen worden ist im Gegensatz zu den Garagen, deren Bestandsschutz jetzt ausläuft. Des Weiteren legt sie dar, dass bei Kommunalabgaben ein Festsetzungsbescheid und ein Leistungsbescheid erforderlich ist. Man könnte bei den Kleingärten so verfahren, wie es bei Abwasserbeiträgen auch möglich ist, und ein Festsetzungsbescheid erlassen wird und den Leistungsbescheid erst nach einer Umnutzung erlässt. Es müsste also geprüft werden, ob dies analog geht. Nach ihrer Meinung entstehen als Kosten dann die fiktiven Zinsen und da wäre zu prüfen, ob hier eine Überbrückung aus dem Landesausgleichsstock gezahlt werden kann, bis es zu einer Umnutzung kommt, wo es dann zurückgezahlt werden müsste.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, erklärt, dass sie diesen Antrag nicht für populistisch hält und die SPD-Fraktion diesen Antrag begrüßt. Sie macht deutlich, dass es einmalig ist, dass im Stadtrat ein großes Bündnis aller Fraktionen zu diesem Thema besteht. Alle Fraktionen beschäftigen sich mit der Kleingartenanlage Adam-Opel-Straße. Sie findet das gut und erklärt, dass man viele Themen und Tagesordnungen finden sollte, in denen man so einstimmig im Sinne der Kleingärtner oder der anderen Aufgaben entscheidet. Frau Winter erklärt, dass die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag der B 90/Die Grünen wie folgt erweitern möchten. Als Punkt 3 sollte aufgenommen werden, dass der Oberbürgermeister mit der Stadtverwaltung alle Möglichkeiten ausschöpfen soll an finanzielle Landesmittel zu kommen, um die Kleingärtner zu entlasten.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass er die Gemeinsamkeit, die Frau Winter eben ansprach, nutzen möchte, um etwas klarzustellen. Er macht deutlich, dass Opel der wichtigste und größte Arbeitgeber der Stadt Eisenach und der Region ist. Die Stadt hat der Firma Opel die gesamte Ansiedlung der Automobilindustrie zu verdanken. Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass er auf keinen Fall einen Zungenschlag aufkommen lassen möchte, dass Opel der größte Nutznießer dieser Straße ist und nichts dazu bezahlt. Er legt dar, dass das falsch ist, da die Adam-Opel-Straße an der Tankstelle beginnt und am Opel-Tor endet. Herr Doht erklärt, dass es einen Erschließungsvertrag aus dem Jahr 1999 gab. Die Erschließung wurde durch die damalige ESW durchgeführt. Dadurch wurde ein Großteil der Straße einschließlich des Kreisels neu gebaut. Diese Förderung lief über eine Förderung einer Gemeinschaftsaufgabe für Industrieerschließung. Die finanziellen Anteile hat nach Aussage des Oberbürgermeisters allein Opel getragen. Er bittet fair zu betrachten, dass 1/3 der Straße bereits fertig ist und dieses 1/3 hat Opel allein finanziert. Er gibt an, dass es nicht im Interesse aller sein kann, einen einseitigen Imageschaden für Opel herbeizureden. Es gibt keine Rechtsgrundlage, Opel an den jetzigen Straßenbaumaßnahmen zu beteiligen. Nach Aussage des Oberbürgermeisters ist das Problem nicht Opel, sondern die Kleingärtner und das viel größere Problem ist das Bundeskleingartengesetz. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass in Eisenach die Besonderheit herrscht, dass eine Kleingartenanlage nach Bundeskleingartengesetz innerörtlich in einem Gebiet mit einem Bebauungsplan liegt und dieser Bebauungsplan ein Industriegebiet beinhaltet. Des Weiteren hat man eine

Kleingartenanlage, die auf einem Privatgrundstück liegt. Bekanntermaßen hat die Verwaltung eine kameralistische Haushaltsführung, so dass bei einer Beitragsumlegung auch die städtischen Grundstücke mit herangezogen werden. Nach Meinung des Oberbürgermeisters fallen, da Eisenach hier gleichzeitig Gläubiger und Schuldner ist, die Beiträge weg. Damit entsteht eine absolute Ungerechtigkeit unter den Kleingärtnern. Kleingartenanlagen auf städtischen Grundstücken werden ganz anders privilegiert als Kleingärten auf privaten Grundstücken. Des Weiteren informiert Herr Doht, dass der Schuldner nicht der Kleingärtner ist oder der Kleingartenverband, sondern der Grundstückseigentümer. In diesem Zusammenhang weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass sich das Bundeskleingartengesetz und die Rechtsprechung in den letzten 10 Jahren vehement geändert haben. Vor 10 Jahren konnte ein privater Grundstückseigentümer die Beiträge nicht auf die Pächter umlegen. Seit 2002 ist dies möglich. Herr Doht erklärt, dass das Gesetz, welches die Kleingärtner schützen soll, nun die Möglichkeit gibt, dass die privaten Grundstückseigentümer die Beiträge auf die Kleingärtner umlegen können. Deshalb ist der Oberbürgermeister der Meinung, dass man sich verschiedene Optionen offenhalten sollte. So wurde mit dem Fördermittelgeber geredet über die Ungleichbehandlung von Kleingartenanlagen auf privaten Grundstücken und auf öffentlichen Grundstücken. Herr Doht denkt, dass die Wege, die er aufgezeigt hat, funktionieren und der Weg von Frau May so nicht funktioniert. Er versichert, dass rechtlich und juristisch schon alle möglichen Varianten geprüft wurden. Die Abteilung Beiträge beim Tiefbauamt hat schon mehrere Konsultationen beim Leiter der Kommunalaufsicht im Landesverwaltungsamt durchgeführt. Er legt dar, dass die Rechtslage klar ist. Herr Doht möchte politischen Druck aufbauen und ihm geht es auch darum, eine Übereinkunft mit Opel herzustellen, die ihren Beitrag schon geleistet haben. Er erklärt, dass auch von dieser Seite die ablehnende juristische Haltung überdacht wird und es wird signalisiert, dass man sich hier eine Beteiligung in geeigneter Form vorstellen kann. Abschließend versichert der Oberbürgermeister, Herr Doht, dass die Stadtverwaltung seit einem halben Jahr an der Klärung dieser Punkte arbeitet und auch weiterarbeiten wird, bis eine Lösung gefunden wurde. Er appelliert an die drei Landtagsabgeordneten gegebenenfalls Hilfe zu leisten.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass eigentlich die Verwaltung seit dem Zeitpunkt hätte arbeiten müssen, als Herr Hofmann dieses Thema vor Monaten im Stadtrat angesprochen hat. Bei der Debatte hat es sich nach Meinung von Herrn Köckert um einen kurzen Wortwechsel gehandelt und es ging darum, ob Opel bei den Straßenausbaubeiträgen so behandelt wird, wie bei der Kehrsatzung. Herr Köckert macht deutlich, dass er damals gesagt hat, dies kann nicht sein und muss geprüft werden. Herr Köckert merkt an, dass der Ausbau der Adam-Opel-Straße schon länger läuft und sich einige hier im Raum bemüht haben, überhaupt für diese Baumaßnahme Fördermittel in Größenordnungen zu bekommen. Des Weiteren fragt sich Herr Köckert, warum es zu einer solchen Diskussion kommen musste, wenn der Oberbürgermeister schon ein halbes Jahr an dieser Problematik arbeitet. Er fragt den Oberbürgermeister, warum er das, woran er arbeitet, nicht schon seit zwei Monaten gesagt hat oder spätestens am 23. Juli im Haupt- und Finanzausschuss. Herr Köckert fragt weiter, warum da geschwiegen wurde, sowohl vom Dezernat als auch vom Oberbürgermeister. Der Fraktionsvorsitzende, Herr Köckert, ist fest davon überzeugt und das nimmt er dem Oberbürgermeister auch ab, dass er sich in Gesprächen mit der Adam-Opel AG Rüsselsheim bemüht. Er nimmt aber der Oberbürgermeister und vor allem der Dezernentin nicht ab, dass hier mit allen möglichen Mitteln gearbeitet wurde. Herr Köckert erklärt auch warum. Nach seiner Meinung wäre zumindest vordringlich gewesen den hiesigen Geschäftsführer von der Problemlage zu informieren. In diesem

Zusammenhang stellt Herr Köckert fest, dass der Oberbürgermeister ein Oberbürgermeister ist, der den Wirtschaftsunternehmen vor Ort durchaus einen Besuch abstattet. Nach Ansicht von Herrn Köckert geht es nicht, dass in der Zeitung steht, die Stadt bemüht sich schon lange um eine Lösung des Problems, demnach hat sich die Stadt bereits Ende Juli telefonisch mit dem Fall an das Landesamt für Bau und Verkehr in Erfurt gewandt. Herr Köckert erklärt, dass jeder, der nur etwas Ahnung von den Abläufen hat, weiß, erstens kann ich mich in einer solchen verzwickten Lage nicht an ein Landesamt wenden. Dies wird keine andere Antwort geben können, als es die Gesetzeslage vorschreibt. Nach Aussage von Herrn Köckert ist die Gesetzeslage in diesem Fall misslich, weil es ein außergewöhnlicher Fall ist. Zweitens geht nach Meinung von Herrn Köckert nicht, dass man es telefonisch macht. Er merkt an, dass jeder weiß, dass ein Telefonat bei einem Landesamt gegebenenfalls noch bei einem nachgeordneten Sachbearbeiter keine zählenden Ergebnisse bringt. In diesem Zusammenhang fragt sich Herr Köckert, wo hier im Stadtrat Vertreter des Landtages sitzen aus allen drei im Landtag vertretenen Fraktionen, weshalb dieses Problem nicht schon längst einmal besprochen worden ist und nicht ein gemeinsamer Termin im Ministerium vereinbart wurde. Für Herrn Köckert ist klar - und das haben die rechtlichen Prüfungen der Stadt ja auch ergeben - dass nach den rechtlichen Förderrichtlinien kein zusätzliches Geld kommen wird. Wenn es denn so ist, muss man nicht mit einem Landesamt, sondern mit einem Ministerium Wege finden, wo es gegebenenfalls noch möglich ist. Herr Köckert informiert, dass Herr Gentzel und er mit solchen Gesprächen gute Erfahrungen gemacht haben. Nach Meinung von Herrn Köckert sollte man die Chancen von gemeinsamen Gesprächen nutzen. Für ihn ist eins klar, dass die Stadt und die dortigen Anlieger die Adam-Opel-Straße in dem geforderten Ausbau – wie das Opelwerk sie benötigt – nicht benötigt. Wenn es so ist, dass man mit einem geringeren Ausbaugrad dieser Straße hinkäme, zumal sich die Baukosten jetzt über ein Drittel erhöht haben, kann man dies nach Ansicht von Herrn Köckert auch als Grund anführen, dass man entweder einen Ausbau bringt, der den Opel Anforderungen nicht gerecht wird oder das Land schießt - und sei es aus dem Landesausgleichsstock - noch Summen dazu, damit der geforderte Opel Ausbau durchgeführt werden kann. Das Opel so in die Diskussion gekommen ist und die Stadtverwaltung nicht schon viel eher diese Sätze gesagt hat, die sie heute gesagt hat, liegt nach Meinung von Herrn Köckert an der miserablen Öffentlichkeitsarbeit. Unterdessen wurden sogar noch zwei Altoberbürgermeister verdächtigt, mit Opel gewisse Deals bei der Ansiedlung geschlossen zu haben. Herr Köckert erklärt, dass die Zusagen des Oberbürgermeisters der Verdienst der Fraktionen im Stadtrat ist. Der Antrag der B 90/Die Grünen wäre für ihn nicht nötig gewesen, wenn nicht das Motto dieses Antrages heißen würde, liebe Stadt, du hast eine ausgesprochen schlechte Öffentlichkeitsarbeit oder du hast das Problem zu spät erkannt. Eins von beidem ist für Herrn Köckert die Grundlage, denn sonst hätte der Oberbürgermeister das, was er heute gesagt hat, schon vor vier Wochen sagen können.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weiß nicht, ob es so hilfreich ist, den Weg über die parteipolitische Schiene so aufzumachen. Der Oberbürgermeister erinnert daran, wie eine Straßenbaumaßnahme läuft und zu welchem Zeitpunkt die Kosten feststehen. Der Oberbürgermeister erklärt, dass richtig ist, dass zum Zeitpunkt der Anliegerversammlung noch keine verbindlichen belastbaren Zahlen genannt werden konnten. Erst unmittelbar vor dem Baubeginn erfolgte die Submission und die Vergabe der Bauleistung im Haupt- und Finanzausschuss. Baubeginn war nach Information des Oberbürgermeisters der 07.07.2008. Von diesem Zeitpunkt an ist es der Verwaltung bewusst geworden, um welche Summen es geht. Danach erfolgte eine rechtliche Prüfung, inwieweit es Möglichkeiten gibt die Kleingärten alle gleich zu behandeln, sprich so zu stellen, wie

auch Kleingärten auf einem städtischen Grundstück. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, merkt an, dass jeder weiß, dass solche Vorgänge nicht an einem Nachmittag erledigt werden können, sondern Zeit in Anspruch nehmen. Nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Doht, wurde mit dem Landesamt telefonisch abgestimmt, wie genau das Anschreiben auszusehen hat, damit es auch behandelt werden kann. Er erinnert daran, dass den Kleingärtnern zur Anliegerversammlung klar war, es kommt eine Beitragspflicht auf sie zu, aber das viel größere Problem ist das Parken. Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass man auch mit dem Kleingärtnerverband im Gespräch zu diesem Problem ist seit Juli. Der Kleingärtnerverband hat die Problematik über seine eigene Rechtsabteilung auch prüfen lassen. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, sieht nicht, dass man sich hier etwas vorzuwerfen hat. Er verweist darauf, dass heute ein Lösungsweg aufgezeigt wurde. Er fragt Herrn Köckert, ob dieser mit ihm nach Erfurt gefahren wäre, wenn man nicht alles vorher abgeprüft hätte. Herr Doht macht deutlich, dass man ohne Prüfung schneller wieder raus fliegt als wie man rein gegangen ist. Für den Oberbürgermeister ist es nicht fair, dass jetzt der Eindruck entsteht, dass man geschlafen hat. In diesem Zusammenhang weist Herr Doht darauf hin, dass auch Urlaubszeit war. Herr Doht hofft, dass man auf den Konsens zurückfindet, dass eine Lösung für die Kleingärtner gefunden werden muss, aber auch im Sinne von Opel. Er weist darauf hin, dass man in diesem Bereich viele Firmen hat und 3.100 Arbeitsplätze. Weiter erinnert der Oberbürgermeister daran, dass sich dieser Stadtrat dazu entschieden hat einen Bebauungsplan zu beschließen und dieses Gebiet zu erschließen. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, bittet darum, dass man an einem Strang zieht.

Für die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, ist es wichtig, dass es hier eine Lösung gibt. Frau May erinnert an den Ausbau der Stedtfelder Straße, wo viel schiefgegangen ist. Sie denkt, dass die Problematik in Eisenach nicht einmalig ist und auch in anderen Städten auftritt. Für sie ergibt sich die Frage, ob es im Kommunalen Abgabengesetz berücksichtigt worden ist.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erinnert an die Ausführungen von Frau Buchröder im Haupt- und Finanzausschuss. Es wurde sehr deutlich gesagt, dass durch die Novellierung der Faktorenbildung die entsprechenden Flächen zu berücksichtigen sind. Nach Meinung des Oberbürgermeisters, Herrn Doht, entsteht dadurch eine Ungerechtigkeit. Die Vorteilsnahme eines Kleingartengrundstückes wird mit 0,5 eingestuft und bei einem Gewerbegrundstück wird sie mit 1,2 und auf die Industrie kommt noch ein Zuschlag von 1,55. Die Bewertung eines Industriegrundstückes mit nur einem dreifach höheren Satz ist aus Verwaltungssicht eine falsche Wichtung. Herr Doht erklärt, dass er zu akzeptieren hat, dass die Gesetze so sind und dass die Gesetze so geändert wurden aufgrund von Urteilen Deutscher Gerichte.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, macht deutlich, dass er sich gewünscht hätte, dass der Oberbürgermeister etwas zu seinem Vorschlag gesagt hätte und sich Herrn Gentzel, Frau Wolf und Herrn Köckert nimmt und ins Innenministerium geht. Wenn es eine Lösung gibt noch irgendwie an Geld heranzukommen, so Herr Köckert, wird es wahrscheinlich der Weg über den Landesausgleichstock sein. Herr Köckert geht es nicht daran zu sagen, die CDU hatte eine Idee oder sonstwer. Ihm geht es darum, dass man an dieser Stelle Erfolg hat. Für Herrn Köckert ist schlimm genug, dass man jetzt schon im Bau ist und die Kosten irgendwann auflaufen. Im Übrigen würde Herr Köckert an Stelle des Oberbürgermeisters nicht so laut propagieren, dass die Kleingärten auf städtischen Anlagen so einen besonderen Vorteil haben. Herr Köckert sieht nicht, dass es der Stadt Eisenach bei ihrer Haushaltslage so

unbedingt sehr leicht fällt hunderttausende Euro an Straßenausbaubeiträgen nicht zu erheben und dass die Kommunalaufsicht dem auch noch zustimmt. In dieser Frage wäre Herr Köckert überhaupt nicht zuversichtlich und er würde diesen Weg auch nicht unbedingt präferieren, dass man meint durch den Grundstückskauf dieser fünf oder sieben Grundstücke, die dort sind, würde sich das Problem lösen. Nach Meinung von Herrn Köckert lügt man sich damit in die Tasche, denn das Finanzloch der Stadt Eisenach wird dadurch noch größer. Herr Köckert vertritt die Auffassung, dass diese Gelder eigentlich in die Stadtkasse gehören. Für Herrn Köckert wäre es ein Debakel, wenn man diesen Weg geht und sich die Kleingärtner in Sicherheit wähnen und man dann bei der Kommunalaufsicht hinten runter fällt, weil bei einem Defizit von 4 Mio. € die Stadt gezwungen wäre, diese Beiträge umzulegen und dann müsste die Stadt doch zu den Kleingärtner hin. Zum Abschluss erklärt Herr Köckert, dass sein Angebot steht und sich die anderen Landtagsabgeordneten dem sich sicher nicht verschließen werden.

Abstimmung zum Antrag der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter, mit folgendem Wortlaut: „Alle Möglichkeiten der zusätzlichen finanziellen Landesmittel auszuschöpfen“.

Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Oberbürgermeister der Stadt Eisenach wird beauftragt, folgende rechtliche Prüfungen vorzunehmen:

- 1. Beteiligung der Opel Eisenach GmbH an den Straßenausbaubeiträgen für die Erneuerung der Adam-Opel-Straße**
- 2. Möglichkeiten der Entlastung von oben genannten Beiträgen der anliegenden Kleingartenanlagen**
- 3. Alle Möglichkeiten der zusätzlichen finanziellen Landesmittel auszuschöpfen.**

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0684/2008

Nr. 17 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 334/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Stand der Abarbeitung von Prioritätenlisten der Ortsteile
Es gibt keine Zusatzfragen.

Reg.-Nr. 335/2008 Diese Anfrage wurde bereits in der letzten Sitzung beantwortet.

Reg.-Nr. 336/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Straßenausbaubeträge (SEB) in den Bauabschnitten
Ausbau Adam-Opel-Straße
Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, verliest den Punkt 2 der Beantwortung und erklärt, dass

es so klingt, als ob die Grenze unmittelbar am Kreisverkehr wäre. Dies scheint Herrn Hofmann nicht ganz zutreffend zu sein, denn wenn es so wäre, hätte Opel ja doch eine erhebliche Grundstücksfläche an der zu bauenden Straße. Er merkt an, dass man es sehr präzise beantworten sollte. Herr Hofmann möchte nicht, dass zwei Versionen in der Öffentlichkeit kursieren.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist darauf hin, dass im Haupt- und Finanzausschuss die Grenze grundstücksscharf dargestellt wurde. Es ist die Grenze des ehemaligen Erschließungsgebietes.

Reg.-Nr. 337/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Ursprüngliches Projekt Verlegung der L 1021 Eisenach, Stedtfelder Straße in westlicher Richtung und Ausbau Adam-Opel-Straße

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, erklärt, dass er die Frage nach der Finanzierung auch schon einmal gestellt hatte.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass die Priorität in der Kompetenz des Landes liegt. Im Moment wird keine Priorität beim Ausbau der Straße gesehen. Die Stadt Eisenach hält nach wie vor mit dem Bebauungsplan und der Aufnahme im Flächennutzungsplan an der Umverlegung fest.

Reg.-Nr. 338/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: kostenloses Kindergartenjahr vor der Einschulung
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 339/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Bundesmittel für Investitionskosten und Kindertagespflege
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 340/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: Tor zur Stadt

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, stellt fest, dass diese beiden Fragen der Bündnisgrünen etwas ungewöhnlich sind und die Beantwortungen sind es auch. Herr Köckert fragt, ob der Oberbürgermeister nicht auch meint, dass der Investor durch den Freistellungsbescheid gebunden ist, der ihn diese Maßnahmen durchzuführen gebietet, weil er sonst alle erhaltenen Mittel des Landes zurückführen müsste. Herr Köckert fragt, ob nicht im Moment die Stadt eher in der Pflicht ist ihre vertraglichen Vereinbarungen, die sie mit dem Investor geschlossen hat, zu erfüllen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert, dass am heutigen Tag der Investor angekündigt hat, dass er Ende der nächsten Woche der Stadtverwaltung ein Konzept vorstellen möchte. In der

Arbeitsgruppe soll es in der übernächsten Woche beraten werden. Des Weiteren informiert Herr Doht, dass die Vorstellung im September dann auch in den Ausschüssen erfolgen soll.

Herr Köckert fragt nach einer entsprechenden Zeitschiene.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass über die Zeitschiene für Planungsrecht gerade erst im Hauptausschuss informiert wurde und auch in den entsprechenden Ausschüssen. Die Verfahrensweise ist so, dass der Oberbürgermeister davon ausgeht, dass Ende September oder in einer Oktobersitzung, auch darüber wurde gesprochen, den Abwägungsbeschluss und Neuoffenlagebeschlüsse des Bebauungsplanes 6.1 „Tor zur Stadt“ mit einem veränderten Baufeld im Stadtrat zur Abstimmung stellen wird. Auf der Grundlage der beauftragten Untersuchungs- und Planungsleistung durch das ausgewählte Ingenieurbüro Janssen nach Festlegung der Größe des zukünftigen ZOB's und Machbarkeit im Bereich Gabelsbergerstr. und Müllerstraße bei der Weiterbearbeitung des Bebauungsplanes 6.0 aus dem Bebauungsplan 6.0 eine entsprechend notwendig große Fläche zu einer vorgezogen Auslegung herauslösen werden und in das Verfahren geben, welches dann die jura der Bebauungsplan 6.2 wird.

Reg.-Nr. 341/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion
Thema: 49. Rallye Wartburg
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 342/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Diese Anfrage wird im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Reg.-Nr. 343/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Hausbesuche und Kontrollen bei Leistungsempfängern nach SGB II und SGB XII in der Stadt Eisenach

Das **Stadratsmitglied, Herr Bauer**, fragt nach der Anzahl der Kontrollen in Eisenach, die durch die Presse gegangen ist.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, weist darauf hin, dass Frau Nilles-Liebig im Ausschuss war und ausführlich Stellung genommen hat. Auf Nachfrage von Herrn Bauer erklärt Frau Lieske, dass sie kein Zahlenwerk hat.

Reg.-Nr. 344/2008 Anfrage der CDU-Fraktion
Thema: Mitarbeit der Stadt am gemeinsamen eGovernment-Projekt des Freistaats mit den Kommunen

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass er es bedauert, dass die Stadt nicht daran teilnimmt. Herr Köckert fragt, ob der Oberbürgermeister über das Ergebnis seiner Entscheidung informieren wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, sagt dies zu.

Reg-Nr. 345/2008 Antrage der CDU-Fraktion
Thema: Private Verstrickungen bei Personalbesetzungen in der Stadtverwaltung – II
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg-Nr. 346/2008 Antrag der CDU-Fraktion
Thema: Private Verstrickungen bei Personalbesetzungen in der Stadtverwaltung – III

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, stellt fest, dass nach der Beantwortung es offensichtlich ist, dass entgegen der üblichen Gepflogenheiten die Dezernentin, Frau Rexrodt und die ehemalige Leiterin der Stadtwerke, Frau Bachmann in ein Auswahlverfahren unangemessen eingegriffen haben und dieses Auswahlverfahren offensichtlich manipuliert haben. Herr Köckert fragt, ob und wann der Oberbürgermeister gewillt ist ein entsprechendes disziplinarisches Verfahren gegen diese beiden Personen einzuleiten.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist darauf hin, dass man sich im öffentlichen Teil der Sitzung befindet. Auf Nachfrage erklärt der Oberbürgermeister, dass er es bei einer entsprechenden Frage im nichtöffentlichen Teil tun wird.

Reg-Nr. 347/2008 Antrag der CDU-Fraktion
Thema: Erstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eisenach
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg-Nr. 348/2008 Antrag der SPD-Fraktion
Thema: Eisenach Mehrgenerationenhaus in der Marienstrasse

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter** fragt, ob der Verein Audimax seit seiner Gründung an diesen Netzwerkveranstaltungen teilnimmt.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt nein, aber man ist bemüht ihn einzubeziehen.

Ende der öffentlichen Sitzung um 18:00 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender des Stadtrates

f.d.R.d.P.

Steffan
Schriftführerin